



EXTRASEITEN ZUR 850-JAHR-FEIER

Große Party vom 1. bis 3. Oktober in Nobitz – heute finden Sie mehr Infos und das Festprogramm SEITEN 17 – 18

KOMMENTAR
VON
FRANK PRENZEL



Regierung bleibt Antworten schuldig

Das es im Altenburger Land zu wenige öffentliche Debatten zur Verwaltungs- und Gebietsreform gibt, kann man nicht gerade behaupten. Jetzt hat sich mit der SPD auch jene Partei in Regierungsverantwortung den Altenburgern gestellt, die der Drahtzieher der Reform in Thüringen ist. In den Besucherreihen saßen indes auffällig viele Bürgermeister und Kommunalpolitiker, das einfache Volk hatte sich rar gemacht. Dabei schwelt es an der Basis, wie die Initiative des Vereins Selbstverwaltung für Thüringen für ein Volksbegehren gegen die Gebietsreform allzu deutlich zeigt. Die erste Unterschriftenhürde hat der Verein locker genommen.

Indes: Thüringen muss auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren. Die Bevölkerung schrumpft und wird älter, Geldquellen versiegen, junge Menschen suchen ihr Lebensglück in attraktiven Zentren. Mit Mini-Kommunen, wie es sie noch zuhauf gibt, werden die Verwaltungsaufgaben künftig immer schwerer zu stemmen sein – trotz derzeit oft gut funktionierender Verwaltungsgemeinschaften.

Allerdings hat sich die Regierung einen Zeitplan vorgelegt, der zu hausgemachten Problemen und handwerklichen Fehlern führt. Man kann auch sagen, dass die Reform durchgepeitscht werden soll, was den Unmut vor Ort steigert. So blieben Regierungsvertreter auch bei der Debatte vorgestern Abend in Altenburg Antworten schuldig – etwa, welche Einsparungen die Reform erzielt oder wie der Personalschlüssel sich entwickeln soll. Auf kommunaler Ebene gibt es derzeit in Thüringen 157 sogenannte Vollbeschäftigteeneinheiten pro 10 000 Einwohner, auf Landesebene sind es – einschließlich der Lehrer und Polizisten – 267. Das wird so nicht zu halten sein.

➔ f.prenzel@lvz.de

KURZ GEMELDET

49-jährige Autofahrerin mit 2,23 Promille unterwegs

GÖBNITZ. Am Montag wurde die Polizei gegen 19.20 Uhr informiert, dass in der Ortslage Göbnitz ein unbeladetes Fahrzeug in Schlangenlinien fährt und mehrfach die Bordsteinkante überfährt. Nachdem das Fahrzeug hielt, konnte die Weiterfahrt des Pkw Ford zunächst verhindert werden. Bei Eintreffen der Polizei befand sich die 49-jährige Fahrzeugführerin am Pkw. Ein Atemalkoholtest ergab einen Wert von 2,23 Promille. Der Führerschein wurde sichergestellt und die Weiterfahrt untersagt, teilte die Polizei gestern mit. Ein Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet.

Kleintransporter stößt mit Reh zusammen

SCHMÖLLN. Zu einem Wildunfall kam es am Montag gegen 4.50 Uhr auf der Straße von Schmölln in Richtung Autobahn A 4. Der 57-jährige Fahrer eines Kleintransporters VW befuhr die Straße in Richtung Autobahn, als unvermittelt ein Reh die Fahrbahn überquerte. Mit diesem kollidierte der Kleintransporter. Das Reh verstarb noch an der Unfallstelle. Der zuständige Jagdpächter wurde verständigt. Am Fahrzeug entstand Sachschaden, teilte die Polizei gestern mit. Über die Höhe des Sachschadens wurden keine Angaben gemacht.

Aufreger Gebietsreform: Talk ohne Minister

SPD-Landtagsfraktion lädt zu neuer Veranstaltungsreihe ein – und spürt in Altenburg Gegenwind aus den eigenen Reihen

VON FRANK PRENZEL

ALTENBURG. Angekündigt hatte die SPD-Landtagsfraktion mit Innenminister Holger Poppenhäger und Finanzministerin Heike Taubert zwei ihrer Schwergewichte aus der Regierung – und damit auch jenen Mann, der in erster Linie für die Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform steht. Doch weil Poppenhäger ein Symposium gegen Rechtsextremismus vorzog, nahm in Altenburg Staatssekretär Udo Götze dessen Platz ein. Nicht zum ersten Mal. Und Taubert verfolgte die Debatte von der ersten Reihe aus und ließ an den Stehtischen ihrem Staatssekretär Hartmut Schubert den Vortritt, jenem SPD-Politiker aus dem Altenburger Land, der auch Stadtrat in Göbnitz ist.

„Neue Strukturen für Thüringen. Die SPD-Fraktion im Dialog“ heißt die neue Veranstaltungsreihe, die Montagabend etwa 80 Leute in die Altenburger Destille lockte. Darunter auffällig viele Bürgermeister und Politiker, die Klartext hören und Botschaften senden wollten. Unter Moderation der freien Journalistin Blanka Weber stand mit Thomas Voigt der Zweite Beigeordnete des sächsischen Landkreises Leipzig neben den beiden Staatssekretären. Der SPD-Mann aus dem Landratsamt in Borna hat seit 1990 vier Gebietsreformen erlebt.

Thüringen müsse sich fit für die Zukunft machen, verteidigten zu Beginn SPD-Fraktionschef Matthias Hey und Udo Götze die umstrittenen Reformpläne. Das Land müsse reagieren auf sinkende Einwohnerzahlen, wachsendes Durchschnittsalter der Bevölkerung, Wegfall des Solidarpakts ab 2020 und drohenden Fachkräftemangel in den Verwaltungen – und die Strukturen anpassen. Doch in der zweieinhalbstündigen Debatte blies den Reform-Betreibern sogar aus den eigenen Reihen einiger Gegenwind ins Gesicht – auch aus handwerklichen Gründen.

Lödlas Ex-Bürgermeisterin Sabine Franke (SPD) machte den Anfang. Man befürchte, dass es durch die Zielgröße von mindestens 6000 Einwohnern pro Kommune künftig praktisch nur noch drei Städte im Altenburger Land gibt. „Werden die Städte das Dorflieben akzeptieren, so wie es bislang ist?“, fragte sie. Drei Städte seien denkbar, aber nicht sinnvoll für das Altenburger Land, antwortete Thüringens Vize-Kassen-



Blanka Weber moderiert den Talk mit den Staatssekretären Udo Götze (r.) und Hartmut Schubert (l.) sowie dem Beigeordneten im Kreis Leipzig, Thomas Voigt.

Foto: Frank Prenzel

wart Schubert und appellierte, die Freiwilligkeitsphase für Fusionen zu nutzen. „Wir in Göbnitz werden das tun.“ Das Eichsfeld habe bereits eine fertige Karte vorgelegt, „das ist doch der richtige Ansatz“. Und Götze ergänzte, dass es an den Akteuren vor Ort liege und wesentliche Eckpunkte in den Fusionsvertrag gehören.

SPD-Kreisrat Volker Schemmel sprach das Problem Gera an, die Stadt hänge am Tropf. Und umliegende Kreise hätten einen hohen Schuldenstand als das Altenburger Land. Ob bei Verlust des Kreissitzes an einen Strukturgleich gedacht ist, wollte er wissen. Im Oktober lege das Innenministerium seine Karte der künftigen Kreise vor, über einen Ausgleich müsse im Gesetzgebungsverfahren entschieden werden, antwortete Götze. Gera bleibe ja eine Stadt, deren Schulden würden nicht 1:1 auf den Kreis übergehen, ergänzte Schubert. Deutliche Worte fand SPD-Kreisratsfraktionschef Dirk Schwerd. „Ich kritisiere nicht das Vorhaben, aber die Umsetzung ist intransparent“, betonte er. „Uns Kommunalpolitikern werden keine Informationen in die Hand gegeben, an denen wir unsere Arbeit ausrichten können. Warum diese Geheimniskrämerei?“ Die Veranstaltung bleibe auch die Antwort schuldig, ob durch die Reform Einsparungen eintreten. Kreis-schnitte und -sitze seien im Ministerium erst einmal nichtöffentlich abzuwägen, meinte Götze, in 14 Tage werde die Karte vorgelegt. „Ich bitte um Geduld, das ist nicht mehr so lang hin, dann können Sie mit uns diskutieren.“

Wenn Gera Kreisstadt wird, verlöre Altenburg 500 Arbeitsplätze, brachte Windischlebas Bürgermeister Gerd Reinboth (CDU) ein Gerücht ins Spiel. „Das wird so nicht eintreten“, entgegnete Schubert. Vieles an Verwaltung werde in Altenburg bleiben.

Er unterstütze die Reform auf kommunaler Ebene, „auf Kreisebene habe ich meine Probleme damit“, meinte Altenburgs OB Michael Wolf (SPD) und befürchtet, dass – bliebe Gera nicht kreisfrei – andere die Zeche für die Stadt mit bezahlen. Wolf umtreibt aber noch ein anderes Thema: „Wie wollen Sie durchsetzen, wenn es auf freiwilliger Basis nicht geht, dass Verwaltungszentren wirklich gestärkt werden?“ Die Billigung der Fusion von Nobitz und Saara erweise sich als ein Bärendienst. Jetzt schaltete sich auch Finanzministerin Taubert in die Debatte ein und meinte, dass niemand Bestandsschutz habe. Der Gesetzgeber habe über Fusionen zu entscheiden. „Wir brauchen schnell klare Entscheidungen, damit wir mit unseren Nachbarn reden können. Wenn wir warten, verlieren wir viel Zeit zum Gestalten“, so OB Wolf. Bei den Nachbarn der Pleißenau wird er dennoch auf Granit beißen. „Wir brauchen uns nicht auf Augenhöhe unterhalten, es ist alles im Vorschaltgesetz vorgegeben“, beklagte der Chef der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Pleißenau und CDU-Kreisvorsitzende Uwe Melzer. Der VG fehle es an Einwohnern, Altenburg habe Begehrlichkeiten und streite mit seinen Nachbarn. „Ich garantiere Ihnen“, so Melzer, „dass es bei uns 2017 keinen einzigen freiwilligen Zusammenschluss gibt.“

SWG plant neuen „Wohnpark Lindenau“ in Altenburg

Stadtrat berät morgen Abend erstmals über den Bebauungsplan / Auch neue Seniorenwohnanlage steht zur Debatte

VON ELLEN PAUL

ALTENBURG. Das nächste Großprojekt der Städtischen Wohnungsgesellschaft Altenburg (SWG) steht ins Haus – der „Wohnpark Lindenau“. Auf einer derzeit brachliegenden innerstädtischen Fläche sollen mehrgeschossige Mehrfamilien- sowie Einfamilien- und Doppelhäuser entstehen. Ein entsprechender Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan liegt dem Stadtrat auf seiner Sitzung morgen Abend vor.

Die SWG selbst ist Eigentümer des Grundstücks, das im Nordosten vom Einkaufsmarkt Kaufland, im Südosten und Südwesten von Wohnbebauung und im Nordwesten von der Kleingartenanlage „Günthers Gärten“ begrenzt wird. Die Zufahrt zum Grundstück soll über die ehemalige, unter Denkmalschutz stehende Siedlung der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten

(Gagfah), die ebenfalls der Wohnungsgesellschaft gehört, erfolgen.

Diese möchte hier preiswerte, überwiegend barrierefreie Wohnungen bauen, die ein Mehrgenerationen-Wohnen sowie aktives Miteinander der Bewohner als neues Wohnkonzept möglich macht, heißt es in der Beschlussvorlage. Dies wäre durch Umbaumaßnahmen von bestehenden Häusern deutlich teurer.

Deshalb wurden im Vorfeld verschiedene möglichst integrierte Brachflächen für eine Neubebauung mit naheliegenden Versorgungseinrichtungen untersucht. Andere Standorte scheiterten jedoch an mangelnder Größe.

Der Standort an der Südstraße biete für dieses neue Wohnkonzept die besten Voraussetzungen, heißt es weiter. Dazu gehören ausreichende Flächengröße für den Bau der um Wohnhöfe gruppierten Mehrfamilienhäuser, zudem Einkaufsmöglichkeiten, medizinische Versorgung,



Auf diesem Areal zwischen Kleingartenanlage und Südstraße, hinter dem Kaufland-Markt (oben angeschnitten), soll der Wohnpark entstehen.

Bildschirmfoto: Mario Jahn/Google

Restaurants, Fitness- und Freizeiteinrichtungen, die zu Fuß zu erreichen sind.

Auf der Stadtratsitzung morgen Abend wird außerdem die Schulnetzplanung 2016 bis 2021 beraten, die laut Oberbürgermeister nur eine Fortschreibung der bestehenden ist und keine gravierenden Änderungen vorsieht. „Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Unsere Schulen haben Bestand“, erklärte Michael Wolf. Auf der Tagesordnung stehen weiterhin der Jahresabschluss 2015 der SWG, die Vorstellung des Berichts der Arbeitsgruppe „Erinnerungskultur“, der Bebauungsplan „Seniorenwohnanlage Am Jahnpark“ (die OVZ berichtete), die Genehmigung der Planungsleistungen für die Sanierung der Grundschule Karolinum und der Bebauungsplan „Ehrenberg – zur Fasanerie“.

Die Sitzung im Rathaus ist öffentlich und beginnt um 18.30 Uhr traditionell mit einer Bürgerfragestunde.

Anzeige

Jetzt NEU
nur 9,90 €

280 Seiten
27,5 x 21 cm

ERINNERUNG

Unser Angebot aus dem LVZ Shop

Die Sonderausgabe des RBL-Club-Magazins

Erhältlich in den Geschäftsstellen der LVZ, im LVZ Media Store/Höfe am Brühl, über die gebührenfreie Hotline: **0800/2181-070** und im Online-Shop unter www.lvz-shop.de

Beim Versand von Waren erheben wir je nach Menge, Gewicht und Größe eine einmalige Versandkostenpauschale von 1,45 € bis 6,95 €. Ab einem Bestellwert von 30 € liefern wir versandkostenfrei.

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG